

Internationale Frauenpolitik der mittelosteuropäischen Frauenorganisationen

Chancen und Schwierigkeiten, auf nationaler und internationaler Ebene Einfluß zu gewinnen

von Marina Beyer, Berlin

Mit diesem Artikel sollen und können keine allgemeingültigen Antworten auf die Frage nach Chancen und Schwierigkeiten politischer Wirksamkeit von ostmitteleuropäischen Frauenorganisationen gegeben werden. Regionale und nationale Besonderheiten in Geschichte und Kultur wie auch die spezifische Entwicklung in den verschiedenen MOE-Staaten seit Ende der 80er Jahre erlauben kaum pauschale Aussagen. Die heutigen Aktivistinnen der sich mühsam herausbildenden Frauenbewegungen in den postkommunistischen Transformationsstaaten sind nicht nur potentielle Trägerinnen neuer gesellschaftlicher Werte, Normen, Ideen, Organisations- und Aktionsformen, sondern auch Erbinnen der zusammengebrochenen staatssozialistischen Systeme. Daher sollen hier mit Rückblick auf die Zeit des Staatssozialismus und **gestützt** auf die nunmehr achtjährige Zusammenarbeit von OWEN „vor Ort“ mit Frauen und Frauenorganisationen in verschiedenen mittel- und osteuropäischen Ländern (v.a. Rußland, Ukraine, Bulgarien) lediglich einige Denkanstöße zur Diskussion gegeben werden.

Die Frau im Sozialismus

Frauenpolitik im etablierten Sozialismus war ausschließlich paternalistisch-patriarchale Staatspolitik. Primär geleitet von makroökonomischen und bevölkerungspolitischen Interessen wurden Normen, Werte, Identitäten und somit auch Lebensformen und Leitbilder für Geschlechterrollen und Beziehungen zwischen den Geschlechtern vorgegeben. Den staatlichen Frauenmassenorganisationen kam die Aufgabe zu, die „von oben“ gesetzten staatlichen Direktiven und Leitbilder nach „unten“ praktisch und ideologisch durchzusetzen. Während in den Aufbauphasen des Sozialismus noch das Leitbild der erwerbstätigen Frau politikbestimmend war, gewann in den späteren Jahren bei unverändert hoher weiblicher Erwerbsbeteiligung die kulturell tradierte, reproduktive und fürsorgende Rolle als Identitätsleitbild wieder an Bedeutung. Die Veränderung traditioneller männlicher Leitbilder in der gesellschaftlichen und privaten Sphäre fand bis zum Zusammenbruch des Systems nicht statt und war auch nicht intendiert.

Ein öffentlicher Diskurs über Geschlechteridentitäten und frauenpolitisch relevante Fragestellungen konnte sich unter den Bedingungen fehlender zivilgesellschaftlicher Voraussetzungen nicht herausbilden. Doch auch in der privaten Sphäre von Familie und Freundeskreis als primäre soziale Beziehungsgruppen, die gleichermaßen auch „Schutzräume“ gegenüber staatlichem Zugriff darstellten und wo systemkritische Reflexionen und Diskussionen

stattfinden konnten, wurden sozialistische Frauenleitbilder und -politik nicht in Frage gestellt. Sowohl in den öffentlichen wie in den privaten Lebensbereichen nahmen Frauen wie Männer, unabhängig vom Ausmaß ihrer Loyalität gegenüber System, Staat und Partei die ihnen zugeschriebenen Rollen weitestgehend und mehrheitlich an. Gerade im Bereich der Frauenpolitik, der das Alltagsleben sehr direkt und nachhaltig bestimmte, schien es in der Bevölkerung und selbst in Kreisen der Systemopposition kaum Bedarf zu geben, staatliche Politik zu verändern.

Beruf, Erwerbstätigkeit und Familie bildeten für die überwiegende Mehrheit der Frauen bei allen Widersprüchen und Alltagsmühen der Vereinbarkeit dieser drei Lebensfelder selbstverständliche Grundelemente der eigenen Identität.

Die starke Identifizierung mit der Mutter- und Fürsorgerinnenrolle stellte dabei keine neue Erfindung des Sozialismus dar, sondern war vielmehr eine Fortsetzung vorsozialistischer kultureller und religiöser Normensetzungen, die lediglich durch die forcierte Berufs- und Erwerbsarbeit von Frauen modifiziert wurde.

In den 80er Jahren bildeten sich in einigen Großstädten sehr vereinzelt kleine Frauengruppen heraus – zumeist von intellektuellen Frauen initiiert. Hier wurde in privaten oder halböffentlichen Frauennischen – mehr oder weniger dem Vorbild westlicher Selbsterfahrungsgruppen folgend – nach der eigenen, selbstdefinierten, individuellen Frauenidentität gesucht. Mit dem kritischen Fragen nach den eigenen Bedürfnissen, Normen, Werten, Erfahrungen war jedoch kein gezieltes Nachdenken über politisch wirksame Handlungsstrategien zur Veränderung staatlicher Normensetzungen und rechtlicher Rahmen verbunden.

Die Entwicklung nach 1989

Mit Beginn der Transformationsprozesse und der schrittweisen Herausbildung zivilgesellschaftlicher Strukturen wurde auch der äußere Rahmen für Gründung und Tätigkeit von NGOs geschaffen, um Einfluß auf die Entwicklung der gesellschaftlichen Kultur (Werte, Normen) und des politischen Geschehens nehmen zu können.

Die Zahl der NGOs, auch der staatsunabhängigen Frauenorganisationen, ist seither nahezu explosiv gewachsen. Deutlich ist ein sehr breites Spektrum an Zielsetzungen, Themenbereichen und Tätigkeitsprofilen. Die Organisationen haben ihre unterschiedliche Geschichte, die eng mit Entwicklung und Situation in den einzelnen Ländern vor und nach der Wende verbunden ist. Ebenso differenziert sind die Zugangsmöglichkeiten zu materiellen und

nichtmateriellen Ressourcen. Abgesehen von sehr wenigen Ausnahmen, sind alle Organisationen von programm- bzw. projektgebundenen finanziellen Unterstützungen aus dem westlichen Ausland und der EU abhängig.

Das frauenpolitische Selbstverständnis der einzelnen Aktivistinnen innerhalb der verschiedenen Organisationen ist breit gefächert. Es reicht von der Identifizierung mit einer sozialbiologisch oder kulturell und hier zum Teil religiös-mystifizierend begründeten Mutter- und Fürsorgerinnenrolle bis hin zu einem egalitären Gleichstellungsanspruch der Geschlechter als Individuen in Gesellschaft und Familie. Allerdings geht die Identitätsorientierung auf Geschlechtergleichheit nur äußerst selten auch mit einem veränderten und vor allem praktiziertem neuen Selbstverständnis im eigenen Lebensalltag, in Familie und Haushalt einher.

Frauen als rettende Mütter

Wirtschaftliche Liberalisierungsprozesse und Struktur-anpassungsprogramme haben bei völlig unzulänglichen sozialen Absicherungen für die Mehrheit der Bevölkerung zunehmend zu existentieller Bedrohung bis an und häufig bis weit unter die Armutsgrenze geführt. Die komplizierte Herausbildung von Marktwirtschaft, pluralistischer Demokratie und Zivilgesellschaft auf den Ruinen des zusammengebrochenen Staatsozialismus ist von tiefen Identitätskrisen begleitet. Dies betrifft sowohl die Neudefinition des nationalen und kulturellen Selbstverständnisses der Transformationsgesellschaften als Ganzes als auch die Neuorientierung ihrer einzelnen BürgerInnen. Insbesondere Menschen, die, bedingt durch die rapiden und radikalen sozialökonomischen Differenzierungsprozesse, an den äußeren und unteren Rand der Gesellschaft gedrängt wurden, empfinden die Schattenseiten der neuen demokratischen und marktökonomischen Freiheit als tiefe Demütigung, Persönlichkeitsverlust und Entwertung ihrer bisherigen Biographie. Sie nehmen wahr, daß die Werte- und Normensetzungen der neuen Zeit ihr Leben, ihre Erfahrungen, ihre Wertvorstellungen und individuellen Potentiale nicht mehr benötigen. In dieser Situation erstaunt es nicht, daß Frauen v.a. dann, wenn sie ihre frühere relative ökonomische Unabhängigkeit mit dem Verlust ihrer Erwerbsarbeit, die wesentlich für ihre gesellschaftliche Identität war, verloren haben, dazu neigen, die „natürliche Wiedergeburt der Frau als rettende Mutter“ anzunehmen.

Trotz der verfassungsrechtlich weiterhin festgeschriebenen Gleichheitsgrundsätze ist eine deutliche Benachteiligung von Frauen auf dem extrem angespannten Arbeitsmarkt, im Einkommen und im Zugang zu den neuen ökonomischen Ressourcen (Eigentum, Kredite) und zu der sich etablierenden Privatwirtschaft zu verzeichnen. Völlig unzureichende soziale Grundversicherungssysteme sowie ein fehlendes nichtstaatliches Wohlfahrtswesen verstärken die extreme ökonomische Notsituation breiter Bevölkerungsschichten. Die Familie ist wieder zur über-

lebenswichtigen Versorgungseinheit geworden. Die Privatisierung der Armutsbekämpfung wird von einer ideologisch und politisch massiv forcierten Revitalisierung und Verstärkung traditioneller weiblicher Verantwortung für das Überleben der Familien (häufig noch Großfamilien) begleitet.

Die unübersehbare Unterrepräsentanz von Frauen auf den verschiedenen Ebenen der zumindest formal-demokratisch legitimierten politischen Entscheidungsstrukturen der Legislative und Exekutive verweist auf die geringe Bedeutung, die Frauen als verantwortlichen Mitgestalterinnen der gesellschaftlichen Entwicklung beigemessen wird. Für die äußerst marginale Rolle von Frauen im politischen Geschehen und die nahezu widerstandslose Akzeptanz der zugeschriebenen sozialen Rolle als (unbezahlte und somit abhängige) Ver- und Fürsorgerinnen von Alten, Kranken, Behinderten, völlig Verarmten, Kindern – kurz gesagt von allen, für deren menschenwürdiges Leben der Staat sich nicht mehr zuständig fühlt – gibt es vielschichtige Ursachen. Diese stehen m.E. vor allem im Zusammenhang mit dem über Generationen hinweg erhalten gebliebenen und im privaten wie öffentlichen Alltagsleben weitgehend angenommenen und gelebten traditionellen Rollenverständnis von Frauen.

Wie bereits erwähnt, spiegelt sich dieser Zusammenhang nicht nur in der individuellen Lebenspraxis, sondern auch in der Orientierung und Tätigkeit der neuen unabhängigen Frauenorganisationen wider. Die überwiegende Mehrzahl der Frauenorganisationen konzentriert ihre frauenpolitischen Vorstellungen nicht auf Geschlechtergleichheit in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Seins, sondern eher auf sozial ausgerichtete Handlungsfelder. Dabei richten sich die politischen Forderungen primär auf eine Erleichterung von Lasten, die v.a. Frauen in Erfüllung der an sie gerichteten traditionellen Rollenerwartung zu tragen haben. Eine grundsätzliche Veränderung der Geschlechterrollen und damit strukturelle und rechtlich abgesicherte Umverteilung von Ressourcen und Lasten ist von nachrangiger Bedeutung.

Die durch Kultur und staatliche Politik weitgehend verinnerlichte weibliche Identität zusammen mit den im Vordergrund stehenden praktischen Überlebensnöten und der enttäuschenden Erfahrung der Gleichgültigkeit der gewählten neuen politischen Eliten gegenüber der Not der Bevölkerung bilden nach unserer Erfahrung die Haupthindernisse für einen öffentlichkeitswirksamen Diskurs über langfristige, strategisch-politische Interessen. Strukturelle gesellschaftliche Veränderungen in Richtung gleicher Lebens- und Entwicklungschancen und Verantwortung von Frauen und Männern in privaten, gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Bereichen werden kaum angestrebt.

Als hilfreiche Unterstützung wird von der Seite der Frauenorganisationen häufig der intensive internationale Informations- und Erfahrungsaustausch, die Bildung von Kooperations- und Vernetzungsstrukturen genannt. Vor

dem hier nur grob angerissenen Hintergrund scheinen Zweifel angebracht, ob es sinnvoll und hilfreich ist, politische Handlungskonzepte, die die westlichen feministischen Bewegungen in einem zweifelsohne ebenfalls patriarchalen, aber dennoch deutlich verschiedenen gesellschaftlich-kulturellen Gesamtkontext entwickelt haben, als Patentrezepte in die MOE-Länder zu exportieren. Angesichts der historischen Beispiellosigkeit der gegenwärtigen Systemtransformation und auch angesichts der Erfolge eines weltweiten neoliberalen Patriachats ist meines Erachtens eher ein praxisorientierter Dialog des gegenseitigen Lernens von mittelosteuropäischen Aktivistinnen der verschiedenen Richtungen, Vertreterinnen der westlichen Feminismuskonzeptionen und Frauenbasisbewegungen aus den Postkolonialstaaten und posttotalitären Transformationsgesellschaften des Südens angebracht. Diese Art des Dialogs braucht Zeit und braucht die Bereitschaft und Fähigkeit, andere Lebenswirklichkeiten, Kulturen und Identitäten von Frauen, die möglicherweise zunächst irritierend wirken, wahrzunehmen, zu respektieren und in ihren jeweiligen historischen Kontext zu setzen.

Die Tätigkeit des Ost-West-Europäischen FrauenNetzwerkes OWEN e.V. konzentriert sich seit 1994 auf den

Aufbau und die langfristige begleitende Unterstützung von lokalen Frauenselbsthilfegruppen und der von Frauen organisierten und geleiteten Gemeinweseninitiativen in Osteuropa. Zu unseren Prinzipien gehört die Nutzung von Methodologien der emanzipatorischen Bewußtseinsarbeit, die v.a. aus den Erfahrungen mit Frauen aus Basisinitiativen und -bewegungen der westlichen Industriestaaten und des Südens heraus entwickelt worden sind. Wir bemühen uns um den direkten, konkreten Austausch zwischen Gruppen, die in vergleichbaren Themenbereichen engagiert sind. Dieser Ansatz hat sich aus unserer Perspektive bewährt. Frauen, die sich an der Basis und innerhalb ihres Lebensumfeldes gemeinsam organisieren, werden darin bestärkt, sich selbstbewußt und kritisch mit ihrer Identität als Frau in Familie und Gesellschaft auseinanderzusetzen. Sie beginnen zunächst auf kommunaler Ebene und orientiert an ihren selbstdefinierten Grundbedürfnissen, öffentlich aktiv und politisch handlungsfähig zu werden.

Diplombiologin Dr. Marina Beyer ist Gleichstellungsbeauftragte der DDR unter der CDU-SPD-Koalitionsregierung, Mitbegründerin und Mitarbeiterin von OWEN e.V.